

Visa-Schlendrian in Skopje

Schweizer Botschaft in Mazedonien erteilte unkontrolliert Einreisebewilligungen

VON MARTIN STOLL

BERN Sechs Tage durchforstete der Inspektor die Registraturen, prüfte Dutzende Dossiers und befragte das Personal. Sein Urteil über die Schweizer Visapraxis in Skopje fiel vernichtend aus. Das geht aus einem vertraulich klassifizierten, der SonntagsZeitung vorliegenden Bericht hervor.

Auf siebzehn Seiten listet der Visainspektor teilweise gravierende Defizite der Schweizer Botschaft auf. Exemplarisch nennt er in seinem Rapport vom 1. September 2006 Fälle, in denen der Visadienst leichtfertig und unter Missachtung von Weisungen Einreisen in die Schweiz zulies.

Dabei rangiert die Vertretung in Skopje auf einer internen Gefährdungsliste des Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) in der höchsten Risikostufe. Durchschnittlich 6500 Visa stellte die Botschaft in den letzten Jahren aus. Menschenhändler benutzen Mazedonien zum Transit und zur Beschaffung von falschen Ausweisen. Zudem herrscht ein hoher Migrationsdruck.

Trotz der prekären Situation pflegten die Schweizer Diplomaten selbst bei gefälschten Papieren einen sorglosen Umgang. Laut einer gut informierten Quelle wurden zweifelhafte Ausweispapiere einfach zurückgegeben.

Andere Staaten konfiszieren gefälschte Pässe und leiten sie an die Behörden des Gastlandes weiter.



Vor der Schweizer Botschaft in Skopje: Kulante Visa-Beamte
FOTO: R. SPRICH/REUTERS

Visainspektion Schweizerische Botschaft in Skopje

VERTRAULICH

Bekanntlich ist die Bekämpfung von Schwarzarbeit in der Schweiz gegenwärtig ein Thema.

Das Problem ist substantiell. Die Vertretung stellt pro Jahr Tausende von Besuchervisaaus.

Ausschnitt des vertraulichen Berichts zur Visainspektion in Skopje: Die grosszügige Praxis unterläuft den Kampf gegen die Schwarzarbeit in der Schweiz

WEITERE FÄLLE

Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft (BA) gegen den Kanzleichef der Schweizer Botschaft in **Peru** stehen vor dem Abschluss. Die Akten werden laut BA Ende Oktober dem Eidgenössischen Untersuchungsrichteramt überwiesen. Der EDA-Mitarbeiter wird verdächtigt, missbräuchlich Visa ausgestellt zu haben. Aus demselben Grund wurden bereits der Ex-Honorarykonsul von **Oman** und ein Mitarbeiter der **Moskauer** Botschaft verurteilt. Nach wie vor ermittelt die BA gegen Angestellte der Schweizer Botschaft in **Pakistan**.

Auch im Tagesgeschäft pflegte die Botschaft einen zunehmend kulanten Stil. Dieser spiegelt sich in der Statistik: Wurden 2005 noch 1884 Visa abgelehnt, waren es 2006 nur noch 692.

In Visaanträgen fehlten «in sehr vielen Fällen» Angaben über die geplante Aufenthaltsdauer in der Schweiz. Bei Mazedoniern mit Verwandten in der Schweiz verzichtete der Visadienst auf Einladungsschreiben oder finanzielle Garantien. Bei den oft Mittellosen eine «äusserst heikle» Praxis, heisst es im Bericht. Zudem werden Ungenauigkeiten und Bearbeitungsfehler gerügt. Diese kämen «relativ häufig» vor.

Viele leisten Schwarzarbeit in der Landwirtschaft

Die Visaabteilung in Skopje verzichtete auf die buchstabengetreue Prüfung von Gesuchen auch aus Angst vor Rekursen und Beschwerden – und weil die Beamten vermeiden wollten, dass sich Antragsteller in der Zentrale in Bern beschwerten, berichtet eine gut informierte Quelle.

Im April forderte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates, dass in Ländern mit hohem Migrationsdruck Gesuche besonders genau behandelt werden müssen. Der Schlendrian in Skopje unterläuft laut dem Bericht den Kampf der Schweiz gegen die Schwarzarbeit. Besonders energievoll hat den Inspektor, dass ein Bauer während der Ernte oder Arbeitslose Visa bekamen. Dass «mazedonische Touristen» in der Schweiz illegal arbeiten, ist bekannt. Ein in der Schweiz lebender mazedonischer Unternehmer bestätigt: «Viele kommen für drei Monate und arbeiten schwarz vor allem in der Landwirtschaft.»

Auch Botschaftsangestellte berichteten dem Inspektor, dass in der Schweiz lebende mazedonische Geschäftsinhaber Landsleute als Kunden einluden, «welche dann bei ihren Gastgebern schwarzarbeiten».

Laut EDA-Sprecher Lars Knuchel hat jede Botschaft bei der Vergabe von Visa einen Ermessensspielraum. Im Fall Skopje ist dieser offenbar über das Zulässige hinaus genutzt worden. Jetzt ist die Botschaft laut Knuchel daran, «ihre bisherige Praxis anzupassen».

DE WECK

Neue Zeiten, neue Sitten

Der Publizist Roger de Weck über unsere politische Kultur



Es scheint, dass in der Schweizer Politik alles erlaubt ist. Regelbrüche fallen gar nicht mehr auf.

Erstens: Der Staat ermittelt gegen den Bankier Oskar Holenweger, er wird der Geldwäsche verdächtigt. Und was tut Holenweger? Er versucht, Nationalräte gegen den Staatsanwalt zu mobilisieren und stösst bei ihnen auf Wohlwollen: Von diesen Volksvertretern war bislang kein Wort der Kritik am Vorgehen des Bankiers zu vernehmen. Gehört es neuerdings zur legitimen Verteidigungsstrategie eines Verdächtigten, die Ermittlungsbehörden politisch unter Druck zu setzen?

Zweitens: Ein Nationalrat versucht, eine untergeordnete Staatsangestellte einzuschüchtern; Christoph Mörgele droht der Sekretärin der Geschäftsprüfungskommission (GPK): «Mit ihr werden wir uns auch noch beschäftigen müssen.» Gehört es nunmehr zu den Usancen, auch mit kleinen Staatsdienern politisch abzurechnen?

Drittens: Ein Bundesrichter bemüht sich ins private Schloss eines Bundesrats, um das Vorgehen gegen den Bundesanwalt abzusprechen. Das ist nicht nur stilllos. Das Einleiten eines Verfahrens gegen den obersten Ankläger des Bundes ist ein Entscheid von staatspolitischer Tragweite. In solchen Fragen sollte jeder Kontakt zwischen Exekutive und unabhängiger Judikative absolut formell in Anwesenheit eines Protokollführers erfolgen. Gehört das Kungeln zwischen Justizminister und Richter zu den neuen Gepflogenheiten?

Viertens: Erstmals seit 1848 sollen Parlamentswahlen in ein Plebiszit für einen Bundesrat verwandelt werden. Von vornherein wird die Eventualität einer Nichtwiederwahl von Christoph Blocher als «Verschwörung» ins schiefe Licht gerückt. Gehört es zur Schweizer Demokratie, die mögliche Abwahl eines Politikers als undemokratisch hinzustellen?

Fünftens: Nie wurde in einem Wahlkampf so viel Geld ausgegeben – am meisten von der SVP, deren Werbung allgegenwärtig ist. Jedoch bleibt die Öffentlichkeit im Unwissen, wer die «Geheimplan»-Kampagne gegen das Parlament (in Gestalt der GPK) finanziert. 78 Prozent der befragten Schweizer und Schweizerinnen wünschen sich die Offenlegung aller Spender und Spenden. Wie lange noch gehört Intransparenz in der Parteienfinanzierung zu unserer «muster-gültigen» Demokratie?

Alarmsystem für Schwimmbäder

Der Kanton Aargau prüft den Einsatz von Kameras zur Erkennung von Ertrinkenden

AARAU Die Aargauer Schulbehörden prüfen den Einsatz von Überwachungssystemen zur Erkennung von Ertrinkenden in Schwimmbädern. Die 150 000 Franken teure Anlage arbeitet mit hochauflösenden Kameras und neuester Bilderkennungssoftware. Sie schlägt Alarm, wenn sich ein Schwimmer nicht mehr bewegt.

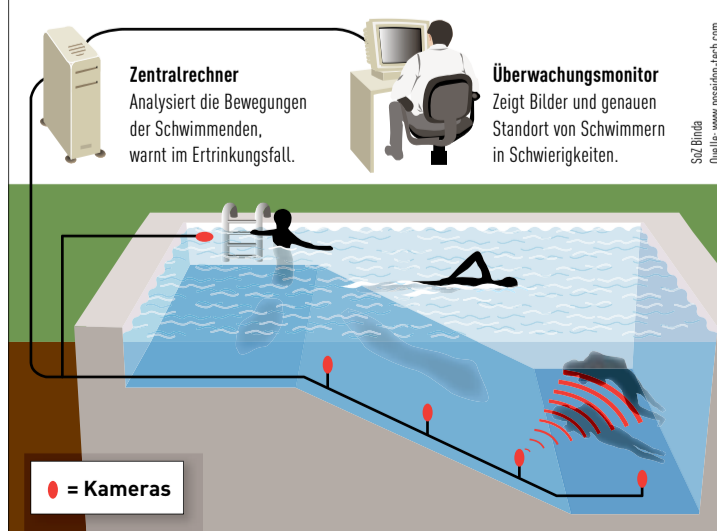
Mit dem neuen Alarmsystem reagieren die Aargauer Behörden auf Schwimmunfälle im Schulunterricht. Der letzte Todesfall im Schwimmbad ereignete sich vor drei Wochen, als ein Siebenjähriger nach einem Unfall im Schulschwimmbecken in Brugg AG starb. Bis jetzt gelten im Aargau lasche Vorschriften. So ist es möglich, dass eine einzige Lehrperson 28 Primarschüler im Wasser unter-

richtet. 3000 Lehrerinnen und Lehrer erteilen im Aargau Schwimmunterricht, ohne über das Brevet I der Lebensrettungs-Gesellschaft und eine Herzmassageausbildung zu verfügen.

Zur Diskussion stehen von Profis betreute Intensivwochen

«Im Aargau sind die Minimalanforderungen für einen sicheren Schwimmunterricht nicht erfüllt», sagt Elisabeth Herzig, die Ausbildungsverantwortliche des Dachverbandes swimsports.ch. Vor einhalb Jahren hat sie den Aargau aufgefordert, für mehr Sicherheit zu sorgen. Mit wenig Erfolg. Der Kanton erliess lediglich die unverbindliche Empfehlung, bei grossen Klassen eine zusätzliche Aufsichtsperson aufzubieten.

SO FUNKTIONIERT DIE ÜBERWACHUNG



«Die Richtlinien des Kantons reichen uns nicht», sagt Tony Boog, Schulleiter von Obersiggenthal AG. Mit einem Coach soll hier das Schulschwimmen professionalisiert werden. Die vom Schwimmunfall betroffene Gemeinde Brugg hat den Schwimmunterricht bis auf weiteres abgesagt. Der Kanton Aargau überlegt sich auch, nur noch von Profis betreute Intensivwochen anzubieten, in denen Schülern Schwimmen beigebracht wird.

Auch in den Kantonen Solothurn, Zug, Glarus, Wallis und Genf sind Sicherheitsstandards nicht erfüllt. In Münchenbuchsee BE hat die Schulkommission letzte Woche den Schwimmunterricht wegen Ausbildungsdefiziten sistiert.

MARTIN STOLL